

DEUTSCHE WIRTSCHAFT

DIE WIRTSCHAFT DER BUNDESREPUBLIK IM 1. VIERTELJAHR 1965

Mit unverminderter Wachstumskraft, vollbeschäftigt und vollausgelastet, geht die Wirtschaft der Bundesrepublik in das diesjährige Frühjahr hinein. Die Hochkonjunktur, zu der sich der vor annähernd zwei Jahren begonnene erneute Aufschwung entwickelt hat, dauert an. Die Frühjahrmessen brachten den Ausstellern sehr gute Abschlüsse und waren Ausdruck einer vollentfalteten Unternehmernachfrage; die große Frankfurter Messe wurde von der Messeleitung sogar als „die beste Frühjahrmesse seit Jahren“ bezeichnet. Indessen haben die konjunkturellen Spannungen bisher (noch) nicht denselben Grad erreicht wie während des Booms von 1961. In den letzten Monaten haben sich keine Anzeichen für verschärfte Spannungen erkennen lassen, wenn man von einem beschleunigten Anstieg der Preise absieht, der allerdings weniger die jüngste Konjunkturentwicklung als vielmehr den raschen Aufschwung im vergangenen Jahr widerspiegelt — erfahrungsgemäß passen sich nämlich Preise und Löhne erst mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung veränderten Marktsituationen an.

Haupttriebkraft der wirtschaftlichen Expansion ist unverändert die *inländische Unternehmernachfrage nach Investitionsleistungen*. Sowohl die laufenden Aufwendungen für Investitionen als auch die Auftragseingänge bei der Investitionsgüterindustrie und das Volumen der zur baupolizeilichen Genehmigung vorgelegten Bauvorhaben sind Anzeichen dafür, daß auch in diesem Jahr mit einem starken Anstieg der Investitionstätigkeit gerechnet werden kann. Bei der gewerblichen Wirtschaft haben in letzter Zeit die *Ausrüstungsinvestitionen* schneller zugenommen als die ebenfalls beträchtlich wachsenden Bauleistungen. Noch kräftiger weitete sich die *staatliche* und die — im Wohnungsbau — *staatlich geförderte Nachfrage nach Bauleistungen* aus. Mit einer weiteren *Vorratsbildung* sind die Unternehmer dagegen seit einigen Monaten zurückhaltend, offenbar haben sie sich in der zurückliegenden Aufschwungphase genügend Vorratsbestände angeschafft. Ebenfalls langsamer als vor einigen Jahren — aber immer noch durchaus zufriedenstellend — wächst die *Auslandsnachfrage* nach Investitionsgütern wie überhaupt nach Waren aus der Bundesrepublik. Im Auslandsgeschäft machen sich insbesondere die konjunkturdämpfenden Maßnahmen bemerkbar, die im vergangenen Jahr in einigen wichtigen

Außenhandelspartnerländern ergriffen wurden. Im ganzen profitiert aber die Wirtschaft der Bundesrepublik von einer nach wie vor aufwärts gerichteten Weltkonjunktur. Vom *privaten Verbrauch*, der zunächst hinter der allgemeinen Entwicklung zurückgeblieben war, sind seit einiger Zeit wieder mehr anregende Einflüsse auf das Wirtschaftswachstum zu beobachten. Irisgesamt dürften die Wirkungen, die von den großen Nachfragefaktoren — Auslandsnachfrage, inländische Unternehmernachfrage nach Investitionsgütern sowie staatlicher und privater Verbrauch — auf den Konjunkturverlauf ausgehen, gleichmäßiger geworden sein, was sicherlich zur Stabilisierung der Konjunktur beiträgt.

Die expandierende Nachfrage traf bisher auf ein sehr elastisches *Angebot an Gütern und Dienstleistungen*. In der Industrie war die Lieferfähigkeit der Unternehmen so groß, daß seit dem vergangenen Sommer die Auftrags-eingänge die gleichzeitigen Lieferungen nicht mehr überstiegen. Das war vor allem deshalb möglich, weil die Produktionskapazitäten in der Industrie infolge der vorangegangenen starken Investitionstätigkeit rasch und kräftig wachsen. Außerdem bestand in der Vergangenheit noch ein Spielraum — für eine bessere Ausnutzung der Produktionsmöglichkeit. Allerdings sind seit Ende des vergangenen Jahres die vorhandenen industriellen Produktionskapazitäten in einem Umfang ausgelastet, der dem in früheren Hochkonjunktoren festgestellten hohen Ausnutzungsgrad entspricht. Dies hat sich aus den Konjunkturtests des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung ergeben; danach war z.B. die Kapazität im Januar 1965 mit durchschnittlich 87 vH ebenso gut ausgelastet wie zu Beginn der Jahre 1960 und 1961.

An der Hochkonjunktur nehmen fast alle Industriebranchen teil, auch manche, die noch vor einem Jahr eine rückläufige Entwicklung zu verzeichnen hatten; bei anderen wenigen Branchen, die immer noch im Konjunkturschatten sind, schwächten sich die Produktionsrückgänge im vergangenen Jahr ab. Von 43 Industriezweigen mußte 1964 nur einer seine Produktion drosseln, während 1963 noch 13 Zweige von Produktionsminderungen betroffen waren. Die Entwicklungsunterschiede zwischen den einzelnen Branchen sind jedenfalls gegenwärtig nicht mehr so groß wie zu Beginn des Konjunkturaufschwungs; auch insofern ist das Bild der Konjunktur gleichmäßiger geworden.

Neben der Produktionsausweitung erhöhte sich das Inlandsangebot durch einen sehr starken Anstieg der kommerziellen Einfuhr (ohne die Einfuhr von Rüstungsgütern), der im 4. Vierteljahr 1964 sogar 23 vH betrug; bei der Fertigwareneinfuhr belief sich die Zuwachsrate sogar auf 30 vH. Diese große Einfuhrsteigerung war nicht zuletzt deshalb möglich, weil viele deutsche Preise z. Z. stärker steigen als die Preise der eingeführten Waren.

Weiterhin hohe Auftragseingänge

Die letzten beiden Monate, für die statistische Angaben über die *Auftragseingänge* vorliegen, sind die Monate Dezember 1964 und Januar 1965.¹⁾ Die Jahreszuwachsrate, die für die beiden Monate ermittelt wurden, scheinen indessen mehr das Ergebnis von Sondereinflüssen zu sein. Wenn z. B. die Auftragseingänge in der Industrie im Monat Januar 1965 nur um 1,8 vH höher waren als im Januar 1964 und in einzelnen Industriebereichen sogar zurückgingen, dann dürften diese Ergebnisse davon beeinflusst sein, daß der Januar 1965 fast zwei Arbeitstage weniger hatte als der Januar 1964. Die umgekehrte Wirkung hat vermutlich zu dem hohen Dezemberergebnis von + 23 vH beigetragen. Die konjunkturelle Entwicklung kommt sicherlich zutreffender in den Angaben für das 4. Vierteljahr 1964 zum Ausdruck, in dem die Industrie gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum — dem Werte nach — um 12 vH mehr Bestellungen verbuchen konnte. Dabei betragen die Zuwachsrate der Inlandsbestellungen 13 vH und der Auftragseingänge aus dem Ausland 9 vH. Die höchste Zunahme gab es in der Investitionsgüterindustrie mit 15 vH, während die Aufträge in der Verbrauchsgüterindustrie nur um annähernd 8 vH höher waren. Diese Differenzierung findet man im Januarergebnis wieder.

Das Jahr 1965 begann mit einem für den Monat Januar ungewöhnlich guten Ergebnis der *Industrieproduktion*: Sie war um 10,5 vH höher als im Januar 1964, nachdem im 4. Vierteljahr 1964 eine Jahreszuwachsrate von 7,6 vH zu verzeichnen gewesen war. Untersucht man die Entwicklung in den großen Industriebereichen, dann bestätigt das Januar-Ergebnis die Feststellung, die das Wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaften in seinem letzten Konjunkturbericht (WWI-Mitteilungen, H. 2/1965, S. 45) für die Industrieproduktion am Jahresende 1964 traf. Das „Bild der nunmehr erreichten Phase der vollanlaufenden Hochkonjunktur“ ist danach gekennzeichnet durch

ein „sehr starkes Wachstum der Grundstoffindustrien, als Voraussetzung für eine spannungsfreie Konjunkturausweitung“ (mit Jahreszuwachsrate von 11,3 vH im 4. Vierteljahr 1964 und 15 vH im Januar 1965),

ein „schnelles Wachstum der Investitionsgüterindustrien“ (+ 8,8 vH bzw. 12 vH),

„eine gute, aber keineswegs überdurchschnittliche Expansion der Verbrauchsgüterindustrie“ (mit einer Produktionszunahme von 6 vH in den Monaten Oktober 1964 bis Januar 1965

1) Dieser Bericht wurde am 12. März 1965 abgeschlossen. Bis dahin lagen Angaben über die Auftragslage und die Produktion in der Industrie sowie über den Außenhandel erst bis zum Januar 1965 vor.

im Vergleich zu den entsprechenden Vorjahreszeiten) und schließlich durch

einen „wesentlich bescheideneren Zuwachs der industriellen Nahrungs- und Genußmittelproduktion“ (+ 2,9 vH im 4. Vierteljahr 1964).

„Das Schwergewicht der Produktionsausweitung liegt eindeutig im Wirkungsbereich der Unternehmensnachfrage“, heißt es hierzu in dem Konjunkturbericht des WWI. Die relativ günstige Witterung im Januar 1965 ermöglichte es, daß schließlich die Leistung des Baugewerbes das Ergebnis des Monats Januar 1964 um 35 vH übertraf; im 4. Vierteljahr 1964 betrug die Jahreszuwachsrate nur 5 vH.

Das WWI gibt den Lesern seines Konjunkturberichts (a.a.O., S. 46) übrigens Kenntnis von einer strukturell bedeutsamen Beobachtung: „Innerhalb der mit überdurchschnittlichen Wachstumsraten expandierenden Investitionsgüterproduktion vollzieht sich eine bemerkenswerte Wachstumsdifferenzierung. Sie betrifft gerade die drei führenden Gruppen, die zusammen rund vier Fünftel der Produktion des Gesamtbereichs erstellen. Unter diesen drei zur Zeit etwa gleich großen Blöcken ist der früher führende Maschinenbau bereits vom Fahrzeugbau überrundet worden, wie die Gewichtung erkennen läßt. Nunmehr liegt die stärkste Expansionskraft bei der Elektrotechnischen Industrie, die sich anschickt, die beiden anderen Gruppen zu überflügeln. Die Elektronik beginnt bereits, die industrielle Struktur zu prägen. Vergleichbare Erscheinungen zeigt der gesamte Chemiebereich mit besonders starken Expansionen bei den Kunststoffen, den Chemiefasern und der Mineralölverarbeitung und mit einem entschieden überdurchschnittlichen Wachstum bei der Chemischen Industrie.“

In der *Stahlindustrie* kann man auf Grund der Produktionszahlen der Monate Januar und Februar 1965 optimistischer in die Zukunft blicken als im Herbst 1964. Damals rechnete man mit einem Rückgang der Stahlproduktion im Jahre 1965 um fast 2 Mill. Tonnen, nachdem im Jahre 1964 mit 37,3 Mill. Tonnen das bisherige Rekordergebnis von 1961 (32,7 Mill. Tonnen) erheblich übertroffen worden war. Von der Hohen Behörde und von einzelnen deutschen Stahlindustriellen war sogar eine leichte Produktionsdrosselung empfohlen worden. Tatsächlich lag die Stahlproduktion im Januar um 4,6 vH und im Februar um 7,6 vH über den entsprechenden Vorjahresergebnissen, und die Auftragseingänge sind auf einem etwas höheren Niveau, als man im Herbst angenommen hatte.

Starke Sorgen bereitet demgegenüber erneut die Lage im *Steinkohlenbergbau*. Die Haldenbestände an Steinkohle, die Ende 1963 mit 1,9 Mill. Tonnen einen Tiefstand erreicht hatten, sind bis Ende Februar 1965 wieder auf

9,35 Mill. Tonnen angewachsen, allein im Februar kamen 1,34 Mill. Tonnen hinzu. Mit einer weiteren Zunahme der Haldenbestände wird gerechnet. Im Februar ging die Steinkohlenförderung gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat zurück, und die Zahl der Bergarbeiter war um fast 5 vH niedriger als ein Jahr zuvor.

Höchster Produktivitätsfortschritt in der Industrie seit 1952

Die gesamte Industrieproduktion konnte im vergangenen Jahr um 9,2 vH erhöht werden. Diese gestiegene Produktionsleistung wurde mit einer im Jahresdurchschnitt nur um 0,4 vH höheren Beschäftigtenzahl erreicht, so daß sie fast ausschließlich auf einem sehr großen Produktivitätsfortschritt beruhte. Das Produktionsergebnis je Arbeiterstunde war im Jahre 1964 um 9,4 vH höher als 1963. Seit 1952 gab es keinen so starken Zuwachs der industriellen Arbeitsproduktivität! Im Dienstleistungsbereich ist der Produktivitätsfortschritt freilich nicht so groß gewesen. Immerhin stieg die gesamtwirtschaftliche Produktivität — die Produktionsleistung je Erwerbstätigenstunde — im vergangenen Jahr auch um 6,1 vH, ein Ergebnis, das seit 1960 nicht zu verzeichnen gewesen war.

Der Produktivitätsfortschritt ist in der Vergangenheit so groß gewesen, daß es möglich war, die Arbeitszeit zu verkürzen und trotzdem Jahr für Jahr erheblich mehr an Gütern und Dienstleistungen zu erstellen. In den fünf Jahren von Ende 1958 bis Ende 1963 ist die tarifliche Wochenarbeitszeit im Durchschnitt der Wirtschaft z. B. um 4,1 vH gekürzt worden. Gleichzeitig stieg die Produktionsleistung je Erwerbstätigenstunde um 29,4 vH an. Nur ein kleiner, durchaus zumutbarer Teil des Produktivitätsfortschritts wurde demnach dank der gewerkschaftlichen Bemühungen anstelle einer noch größeren Gütererzeugung für mehr Freizeit, mehr Muße und damit mehr persönliche Freizeit verwandt. Von 1956 bis Ende 1963 konnten für die Arbeiter fünf Stunden und für die Angestellten vier Stunden mehr Freizeit in der Woche erreicht werden. Gegenwärtig wird für den Durchschnitt der gewerblichen Wirtschaft die tarifliche Wochenarbeitszeit auf 42 bis 43 Stunden geschätzt.

Veräumnisse bei der Forschungsförderung Wirtschaftswachstum

Die Produktivität der Volkswirtschaft hängt, wie überhaupt das Wirtschaftswachstum, der Volkswohlstand und unsere künftige Stellung in der Welt, wesentlich vom Stand und von der Entwicklung der Wissenschaft ab. Diese Zusammenhänge sind Veranlassung genug, um an dieser Stelle auf den *Bericht der Bundes-*

regierung über die wissenschaftliche Forschung, der Mitte Januar dem Bundestag vorgelegt wurde, hinzuweisen. Es ist ein Dokument der Veräumnisse! Denn es muß in diesem ersten Bundesbericht über die Situation der Forschung festgestellt werden, daß der Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung am Bruttosozialprodukt 1962 und 1963 geringer waren als in Großbritannien, Frankreich, der Schweiz oder Schweden, ganz zu schweigen von den USA und der Sowjetunion; von den Vergleichsländern hatten nur Belgien und Italien einen niedrigeren Anteil. Die Forschungsförderung erfolgt in der Bundesrepublik bisher auch noch nicht auf der Grundlage einer überlegten und folgerichtigen Wissenschaftspolitik, die wiederum mit einer zielstrebigem Bildungspolitik verzahnt sein muß. Dementsprechend gibt es bis jetzt noch keinen Gesamtplan für die Forschungsförderung. „Andere Länder haben . . . eher Konsequenzen gezogen als die Bundesrepublik“, wird dazu nüchtern in dem Bericht der Bundesregierung festgestellt. Bis 1970 wird eine Verdoppelung der Gesamtaufwendungen von Staat und Wirtschaft für Forschung und Entwicklung angestrebt. Indessen werden wir auch dann noch, wie aus dem Bundesbericht hervorgeht, hinter der Entwicklung in den meisten vergleichbaren Ländern zurückgeblieben sein.

Kennzeichnend für die *Spannungen am Arbeitsmarkt* ist es, daß selbst im Winter, Ende Januar, 563 400 offene Stellen gemeldet waren, 62 000 mehr als zum Jahresbeginn. Bis Ende Februar erhöhte sich die Zahl der offenen Stellen noch auf 608 512. Gleichzeitig waren — größtenteils witterungsbedingt — Ende Februar 291 200 Personen arbeitslos (darunter 227 600 Männer), 13 500 weniger als ein Jahr zuvor. Dem wachsenden Arbeitskräftebedarf stehen so gut wie keine inländischen Arbeitskraftreserven mehr gegenüber. Im vergangenen Jahr stieg die durchschnittliche Zahl der Erwerbstätigen überhaupt nur noch an, weil weitere 130 000 ausländische Arbeitnehmer Arbeit in der Bundesrepublik aufnahmen; die Zahl der inländischen Erwerbstätigen ging dagegen leicht zurück. Eine vom Statistischen Bundesamt vorgenommene Vorausschätzung der Erwerbsbevölkerung bis 1970 ergab, daß die Zahl der Erwerbstätigen 1970 nur dann etwa ebenso hoch wie 1965 sein wird, wenn es in den nächsten Jahren gelingt, noch einige 100 000 Ausländer zusätzlich zur Arbeitsaufnahme in der Bundesrepublik zu gewinnen; ihre Zahl müßte dann von gegenwärtig rund einer Million auf 1,3 bis 1,5 Millionen ansteigen. Die rückläufige Tendenz bei der deutschen Erwerbsbevölkerung ist in erster Linie eine Folge der ungünstiger werdenden Altersstruktur. Im Jahre 1963 kamen auf 1000 Personen im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 65 Jahren 166 Personen im Alter über 65 Jahren und 337 Personen im Alter unter

15 Jahren, zusammen also 503 Personen im nichterwerbsfähigen Alter; 1970 wird dieses Verhältnis nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes 1000:200:371 oder 1000:571 betragen. Eine verlängerte und verbesserte Schulausbildung — 9. Schuljahr, stärkerer Besuch der weiterführenden Schulen sowie der Hochschulen — führt außerdem zu einer Minderung der Erwerbsbevölkerung. Infolgedessen werden künftig noch mehr als bisher das Wirtschaftswachstum und der Volkswohlstand ausschließlich von der Produktivitätsentwicklung abhängen.

Beachtlicher Preisanstieg

Seit dem vergangenen Sommer haben die Unternehmer viele ihrer Erzeugnisse verteuert. Die Leitunt der Frankfurter Messe berichtete von einem Messtest, der u. a. ergab, daß etwa die Hälfte der Aussteller im letzten halben Jahr vor der Messe Preisheraufsetzungen vorgenommen haben. Allein in den Monaten August bis November 1964 stiegen die industriellen Erzeugerpreise um 1,7 vH; „das war die stärkste Erhöhung, die dieser Index innerhalb so kurzer Frist seit 1956 zu verzeichnen hatte“, stellte hierzu die Bundesbank (in ihrem Monatsbericht für Januar 1965, S. 39) fest. Im Januar 1965 lag der Preisindex der industriellen Erzeugerpreise um 2,4 vH höher als im Januar 1964. Mit 2,9 vH nur wenig höher war der Anstieg der Industriepreise in den drei Jahren zuvor (1960 bis 1963).

Der für die Arbeitnehmerhaushalte maßgebende Preisindex für die Lebenshaltung stieg vom Januar 1964 bis zum Januar 1965 wiederum erheblich, nämlich um 2,3 vH. Ein gleich hoher Anstieg der Preise wurde für den Jahresdurchschnitt 1964 im Vergleich zu 1963 festgestellt. Drei Zehntel der durchschnittlichen Nettolohn- und -gehaltserhöhung des vergangenen Jahres wurden infolgedessen dafür benötigt, die durch die Preissteigerungen verursachten Kaufkrafteinbußen auszugleichen. Je Arbeitnehmer erhöhten sich die *Nettolöhne* und -gehälter im Jahre 1964 gegenüber 1963 um durchschnittlich 8,1 vH, aber die Kaufkraft der Löhne und Gehälter nahm nur um 5,7 vH zu. Die Zuwachsrate der Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer war 1964 mit 8,7 vH höher gewesen als die der Nettolöhne und -gehälter. Die Differenz entstand, weil die Lohnsteuerbelastung infolge der (indirekten) Steuerprogression zunahm. 8,4 vH der Bruttolöhne und -gehälter wurden im vergangenen Jahr als Lohnsteuer abgeführt, 1963 waren es 8 vH und 1960 sogar erst 6,3 vH. Zusammen mit den Arbeitnehmerbeiträgen zur Sozialversicherung machten die Abzüge 1964 im Durchschnitt 15,8 vH der Bruttolöhne und -gehälter aus.

Während die Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer im vergangenen Jahr, wie be-

reits ausgeführt, um gut 8 vH zunahmen, erhöhten die Selbständigen ihre für die Lebenshaltung erforderlichen Entnahmen aus dem Gewinn insgesamt um 9,5 vH. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß die Zahl der Selbständigen und ihrer mithelfenden Familienangehörigen um 2,5 vH zurückging, so daß die Privatentnahmen je Kopf 1964 sogar um etwa 12 vH höher waren als 1963. Auch in früheren Jahren waren die Privatentnahmen der Selbständigen — je Kopf gerechnet — stärker gewachsen als die Nettolöhne und -gehälter. Viele Unternehmer haben sich zwar an dem Maßhaltegerede beteiligt, gefolgt sind sie diesen Parolen aber ganz offensichtlich nicht. Sie wehren sich gegen Lohn- und Gehaltserhöhungen und beklagen ihr Ausmaß, gleichzeitig weiten sie ihre private Lebenshaltung jedoch erheblich stärker aus als die Arbeitnehmer.

Die für die Selbstfinanzierung der Investitionen verwendeten „nicht entnommenen Gewinne“ stiegen 1964 sogar um fast ein Fünftel an. Die gesamten „Nettoeinkommen der Privaten aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ waren 1964 um 11 vH größer als 1963, wobei wiederum auf die abnehmende Zahl der Selbständigen hinzuweisen ist.

Günter Pehl